

Die Aufmerksamkeit der Kreisleitungen, der Volksvertretungen und der Ausschüsse der Nationalen Front wird vor allem auf die offensive politisch-ideologische Überzeugungsarbeit, die Initiative der Werktätigen im „Mach mit“-Wettbewerb und auf ein interessantes, vielseitiges geistig-kulturelles Leben, die Durchführung von Gemeindeverbandsfestspielen, die Bildung von Kulturensembles im Verband u. a. m. gelenkt. Die Klubräte der Gemeindeverbände unterstützen dabei wirksam die Arbeit in Dorf- und Jugendklubs. Das trägt dazu bei, sozialistische Denk- und Verhaltensweisen weiter auszuprägen und das Leben der Bürger auf dem Lande dem in den Städten weiter anzunähern.

**S.** Die Rolle der Kreisstädte als politische Zentren und ihre Ausstrahlungskraft sowie die anderer größerer Städte in den Kreisen ist zielstrebigler auszugestalten. Planmäßig sind die in diesen Städten vorhandenen Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, die kommunalen Dienstleistungs-, Gebäude- und Stadtwirtschaftsbetriebe für die umliegenden Gemeinden und insbesondere für die Gemeindeverbände zu nutzen und weiter zu entwickeln. Das verlangt, dazu entsprechende Beziehungen herzustellen. Stärker sind die Landstädte als Siedlungszentrum der Gemeindeverbände auszunutzen. Die Kreisleitungen haben zu sichern, daß die Ausarbeitung des Fünfjahresplanes des Kreises in hoher Qualität erfolgt.

Über die Gemeindeverbände hinaus und in ihrer Tätigkeit bedarf es der Nutzung aller Formen der Gemeinschaftsarbeit, insbesondere der kommunalen Zweckverbände. Kreisgrenzen dürfen dabei kein Hindernis sein.

**II.** Die Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit zwischen Städten und Gemeinden wird in hohem Maße vom Niveau der politischen Führung durch die Kreisleitungen bestimmt. Die langfristig angelegte konzeptionelle und komplexe Arbeit, das einheitliche Wirken der Parteikräfte und die Konzentration auf die Schwerpunkte im Kreis stehen dabei im Vordergrund.

Der Parteieinfluß in den Gemeindeverbänden ist vor allem durch eine gute Koordinierung der politisch-ideologischen und organisatorischen Arbeit aller Parteiorganisationen im Bereich

der Gemeindeverbände zu erhöhen. Als besonders wirksam hat sich dafür die Arbeit mit dem Parteiaktiv erwiesen. Von großer Bedeutung für die weitere Festigung der bestehenden und die Herausbildung neuer Gemeindeverbände ist die regelmäßige Arbeit mit den Parteigruppen der Volksvertretungen der beteiligten Städte und Gemeinden sowie der Räte der Gemeindeverbände.

Die Kreisleitungen tragen dafür Sorge, daß die Ortsleitungen der Partei am Sitz des Gemeindeverbandes mit den Parteiwahlen 1975/76 durch erfahrene Parteikader qualitativ weiter gestärkt und ihrer Verantwortung voll gerecht werden, eine politisch-ideologische und geistig-kulturelle Arbeit zu entwickeln, die alle Schichten der Bevölkerung im Gemeindeverband erfaßt.

Im Interesse der Koordinierung aller gesellschaftlichen Kräfte erweist es sich als zweckmäßig, daß unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen in diesen Ortsleitungen Genossen aus den wichtigsten Grundorganisationen im Bereich des Gemeindeverbandes vertreten sind.

**J** Die Kreisleitungen wirken darauf ein, daß die Leitungstätigkeit der Kreistage und ihrer Organe qualifiziert wird. Sie sorgen dafür, daß die Räte der Kreise die Abgeordneten, die Räte der Städte und Gemeinden und die Räte der Gemeindeverbände in die Ausarbeitung des Fünfjahresplanes des Kreises einbeziehen und die langfristigen Arbeitsprogramme der Gemeindeverbände vervollkommen oder neu erarbeitet werden.

Die Genossen und Mitarbeiter der Räte der Kreise helfen den Räten der Gemeindeverbände, ihre Arbeit unkompliziert, überschaubar und mit geringem Zeitaufwand zu gestalten. Stärker sind die Erfahrungen der Abgeordneten aller Volksvertretungen und die Arbeitsergebnisse der ständigen Kommissionen zu nutzen. Die Volksvertretungen und vor allem die Abgeordneten und Bürgermeister, die Mitglieder der Räte der Gemeindeverbände sind, tragen weiterhin die volle Verantwortung für die Durchführung der Planaufgaben in ihrer Gemeinde und für die ständige Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zu den Bürgern.